

## Pflegelehrer:innen besser ausbilden und unterstützen

Seit Jahren herrscht an Pflegeschulen ein erheblicher Mangel an qualifiziertem Lehrpersonal, der sich aufgrund der Altersstruktur der Kollegien in den kommenden Jahren noch verschärfen wird. Schon jetzt können freiwerdende Stellen kaum noch nachbesetzt werden. Den meisten Schulen ist es dadurch nicht möglich, ihre Ausbildungskapazitäten bedarfsgerecht zu erhöhen; sie müssen teilweise sogar Ausbildungsplätze abbauen und Ausbildungsinteressierte abweisen.

Nach unserer Erfahrung interessieren sich viele junge Menschen für eine Lehrtätigkeit in der Pflege. Dem steht allerdings bundesweit eine drastische Unterversorgung mit adäquat ausgestatteten, dem fachlichen Standard angemessenen und gebührenfreien Studienplätzen entgegen. Ersatzweise unterstützen die Länder die Entstehung kostenpflichtiger Studiengänge privater Anbieter, die teilweise miserabel ausgestattet sind und notwendigen Qualitätsstandards nicht genügen. Aber auch hinsichtlich der Ausstattung universitärer Lehramtsstudiengänge nehmen die meisten Länder ihre Verantwortung völlig unzureichend wahr. So werden bspw. an der TU Dresden, der TU München und der Universität Hamburg seit vielen Jahren Pflegelehrer:innen ausgebildet, ohne dass es dort Institute oder auch nur eine einzige Professur für das Hauptfach Pflegewissenschaft gibt. Andere Länder wie das Saarland bilden gar keine Pflegelehrkräfte aus.

Deshalb findet an vielen Studienstandorten weder nennenswerte Pflegeforschung statt, noch gibt es pflegewissenschaftlich ausreichend qualifiziertes Lehrpersonal. Die Hauptfächer Pflegewissenschaft und Pflegedidaktik/-pädagogik werden dann häufig von wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen in befristeter Teilzeitanstellung oder von nebenberuflichen Lehrbeauftragten unterrichtet. In der Folge sind viele Pflegelehrkräfte in Deutschland nicht nach dem aktuellen pflegewissenschaftlichen und pflegedidaktischen Entwicklungsstand ausgebildet.

Flächendeckend muss daher unverzüglich mit dem Aufbau der notwendigen Studienstrukturen begonnen werden. Dazu gehört eine seriöse Bedarfsermittlung mindestens auf der Basis des im PflBG festgelegten Stellenschlüssels und der erforderlichen Ausbildungszahlen, auch unter Berücksichtigung der Hilfs- und Assistenzberufe. Diese muss in ein bundesweites Bildungsmonitoring münden, anhand dessen die weiteren politischen Maßnahmen auszurichten sind. Dauerhaft und vollständig ausfinanzierte Studienplätze in entsprechender Anzahl und Qualität sind einzurichten. Dies schließt den Auf- und Ausbau pflegewissenschaftlicher Institute und Lehrstühle an allen Studienstandorten ein, ebenso die Aufstockung pflegedidaktischer Professuren und eine umfangreiche Stellenerhöhung im akademischen Mittelbau.

Bundesweit müssen außerdem endlich genügend attraktive Strukturen für die Weiterqualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses in Forschung und Lehre aufgebaut werden.

Dazu gehören unbefristete Stellen und Promotionsstudiengänge, die ihren Namen auch verdienen, d.h. ein fundiertes Lehrangebot zur Verfügung stellen. Ferner sind die Hochschulen gezielt darin zu unterstützen, Fort- und Weiterbildungsabteilungen für eine zeitgemäße Qualifikation von Praxisanleiter:innen zu etablieren, um dem steigenden Bedarf an Lehrenden für die praktische Ausbildung Rechnung zu tragen.

Um die Länder bei der Bewältigung dieser Aufgaben zu unterstützen, schlagen wir vor, zunächst schnellstmöglich einen zweckgebundenen „Hochschulpakt Pflegebildung“ im Sinne eines umfangreichen Bund-Länderprogramms zur Finanzierung aufzulegen. Die Länder müssen sich im Gegenzug verpflichten, entsprechende Strukturen zu entwickeln und dauerhaft abzusichern. Dass die schnelle Bereitstellung auch umfangreicher Sondervermögen für kritische Bereiche machbar ist, wurde jüngst an anderer Stelle eindrucksvoll demonstriert.

Durch den Lehrkräftemangel werden Qualitätskriterien wie das im PflBG festgeschriebene Lehrer:innen-Schüler:innen-Verhältnis in vielen Bundesländern und Regionen systematisch unterlaufen. Die Aufrechterhaltung einer angemessenen Ausbildungsqualität nach fachlichen und pädagogischen Standards ist so nicht mehr möglich. Pflegelehrerinnen und -lehrer sind chronisch überlastet und zunehmend erschöpft. Ihre Situation ähnelt der ihrer pflegenden Kolleginnen und Kollegen in der Versorgung: Die pflege(bildungs-)politische Verwahrlosung, die von Bundes- und Landesregierungen seit Jahrzehnten ins Werk gesetzt wird, zwingt beide Berufsgruppen systematisch dazu, ihre professionellen und ethischen Standards permanent zu verletzen. Dieses System macht krank und wird daher auch für Lehrkräfte zunehmend unattraktiv.

Alle politischen Entscheidungen und Maßnahmen müssen daher zu einer möglichst schnellen und spürbaren Entlastung von Hochschulen, Schulen und Lehrkräften führen und zugleich die Qualität der Lehrer:innenbildung erhöhen. Gegenläufige Positionen, die Qualität der Lehrer:innenbildung und damit der Pflegeausbildung noch weiter zu verschlechtern, sind abzulehnen. Sie werden weder der Sache noch den Menschen gerecht.

Der Bundesverband Lehrende Gesundheits- und Sozialberufe (BLGS) e.V. vertritt die Interessen der Lehrenden und der Bildungseinrichtungen im Gesundheits- und Sozialwesen. Er ist Ansprechpartner in allen Bildungsangelegenheiten der Gesundheits- und Sozialberufe im Bereich der theoretischen und der praktischen Aus-, Fort- und Weiterbildung. Der BLGS engagiert sich in fachlichen, pädagogisch-didaktischen Feldern, in der Mitgestaltung bildungspolitischer Prozesse sowie in der Bildungsentwicklung und im Bildungsmanagement. Der BLGS ist Ratsmitglied im Deutschen Pflegerat (DPR).